

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE WAHL DER VIELEN VERLIERER

Schwedens neue rechtsgerichtete Regierung und die Reaktion des sozialdemokratischen Umfelds

Mats Wingborg
Dezember 2022



Obwohl die Sozialdemokraten aus der Wahl 2022 als eindeutiger Sieger hervorgingen, bilden nun die Moderaten, Christdemokraten und Liberalen die neue rechtsgerichtete schwedische Regierung und werden dabei von den bisher geächteten Schwedendemokraten gestützt.



Die drei Regierungsparteien und die Schwedendemokraten haben in der Tidö-Vereinbarung beschlossen, die Migrationspolitik und die schwedischen Strafgesetze zu verschärfen. Zudem beschlossen sie eine Neuausrichtung des Wohlfahrtsstaats und der Kultur- und Bildungspolitik.



Innerhalb der Sozialdemokratie wird die Ausrichtung der Oppositionspolitik heftig diskutiert. Es stehen viele Forderungen im Raum, die von generellen Reformvorschlägen zur Stärkung des Wohlfahrtsstaats über die Senkung der Arbeitslosigkeit und die Erhöhung der Renten bis zur konkreten Forderung eines Kostendeckels für Zahnbehandlungen reichen.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 11. September 2022 in Schweden sind paradox. Die Sozialdemokraten (*Socialdemokraterna*, S) erhielten 30,3 Prozent der Stimmen, was einem Zuwachs von gut zwei Prozent gegenüber 2018 entspricht. Auch in vielen der großen Städte wehte ein deutlicher Wind von links.¹ In Stockholm übernahmen die Sozialdemokraten zusammen mit der grünen Partei (*Miljöpartiet*, MP) und der Linkspartei (*Vänsterpartiet*, V) nach vier Jahren wieder das Steuer von der liberal-konservativen Regierung und stellen nun die Bürgermeisterin. Zudem konnten sie nach 16 Jahren auch die Metropolregion zurückerobern und regieren dort nun in einer Mitte-links-Koalition. In Göteborg, Schwedens zweitgrößter Stadt, ist dasselbe Muster erkennbar, Rot-Grün-Links übernahm die Führung mit Unterstützung der liberal-konservativen Zentrumspartei (*Centerpartiet*, C). Darüber hinaus gelang es den Sozialdemokraten, die Regierung der Schwedendemokraten (*Sverigedemokraterna*, SD) in deren symbolisch wichtigster Vorzeigegemeinde Sölvesborg zu brechen, nachdem der ehemalige Koalitionspartner der SD, die Moderaten (*Moderaterna*, M), nicht mehr mit diesen verhandeln wollte. Zu groß seien die Forderungen der SD nach ihrem außergewöhnlichen Wahlgewinn bei den Reichstagswahlen geworden.

Dennoch ist das Ergebnis der Reichstagswahl ein Rückschlag für die Sozialdemokraten. Trotz des guten Ergebnisses konnte eine neue Rechtskoalition die Mehrheit im Reichstag übernehmen. Ermöglicht hatte diese Regierungsbildung die Zusammenarbeit mit den rechtsradikalen Schwedendemokraten, einer Partei mit Wurzeln in der schwedischen Neonazi-Bewegung. Schwedendemokraten, Christdemokraten (*Kristdemokraterna*, KD) und Liberale bildeten unter Führung der konservativen *Moderaterna* nun die Regierung. Ein interessantes Detail besteht darin, dass die Sozialdemokraten zwar mehr Stimmenanteile auf sich vereinen konnten als die Regierungsparteien zusammen (ohne SD), die Regierungskoalition mit Unterstützung der SD aber im Reichstag dennoch drei Mandate vorne liegt.

Die Sozialdemokraten haben die Wahl gewonnen, allerdings mussten diejenigen Parteien, welche die sozialdemokratische Regierung während der vergangenen Legislaturperiode unterstützt hatten, Stimmenverluste hinnehmen. Dies führte zur Verschiebung der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Die Linkspartei verringerte ihren Stimmenanteil von 8,0 auf 6,7 Prozent und die Zentrumspartei von 8,6 auf ebenfalls 6,7 Prozent. Die Grünen verzeichneten zwar einen Zuwachs von zuvor 4,4 auf nun 5,1 Prozent, aber ihr Einzug in den Reichstag war aufgrund der Vier-Prozent-Hürde lange Zeit nicht sicher. Insgesamt erhielt der Mitte-links-Block 173 Mandate, gegenüber 176 des rechten Blocks – ein Stimmenunterschied von lediglich 46.000 Stimmen.

GRÜNDE FÜR DAS WAHLERGEBNIS UND HERAUSFORDERUNGEN DES SOZIALDEMOKRATISCHEN WAHLKAMPFES

In der Sozialdemokratie wird derzeit noch diskutiert, warum ihr kein besseres Ergebnis gelang. Linke Kritiker_innen meinen, die Partei habe zu wenig eigene Reformvorschläge vorgelegt, sondern vor allem versucht, Magdalena Andersson als beste Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin hervorzuheben. Durch den Mangel an eigenen Vorschlägen sei es den rechten Parteien jedoch möglich gewesen, die Wahlkampfagenda zu bestimmen und eine Konzentration auf die Themen Migration und Kriminalität zu setzen.

Da das Wahlergebnis letztlich sehr knapp war, können jedoch viele Ursachen dazu geführt haben, dass die Rechten am Ende triumphierten. So wurde in den Wahlanalysen unter anderem darauf hingewiesen, dass die neue Partei *Nyans*, die eine strenge Identitätspolitik betreibt und die Rechte von Muslim_innen verteidigt, vor allem in den traditionellen Hochburgen der Sozialdemokraten erfolgreich war, insbesondere in den Vororten im südlichen Schweden. *Nyans* erhielt in der Reichstagswahl jedoch nur 28.000 Stimmen und somit weniger als der Stimmenunterschied zwischen den Blöcken. Eine andere und vermutlich gewichtigere Erklärung ist die um zwei Prozent geringere Wahlbeteiligung, die in Gebieten mit einem hohen Anteil von Geringverdienenden und Menschen mit geringem Bildungsstand am größten war, also dort wo die Sozialdemokraten sonst stark sind. In manchen Wohngebieten lag die Wahlbeteiligung um mehr als 20 Prozentpunkte niedriger als im Landesdurchschnitt.

Zwar haben sich auch die im Gewerkschaftsdachverband LO² organisierten Einzelgewerkschaften im Wahlkampf engagiert und sich für eine »sozialdemokratisch geführte Regierung« ausgesprochen, jedoch war es aus Sicht der Gewerkschaften dieses Mal schwerer, die Wähler_innen zu mobilisieren. Vor der Wahl 2018 befürchteten die Gewerkschaften, dass die rechten Parteien die Arbeitsplatzsicherheit verschlechtern könnten und es deshalb wichtig sei, eine sozialdemokratische Regierung zu unterstützen. Allerdings wurde während der Legislaturperiode auf Druck der sozialdemokratischen Koalitionspartner eine liberale Reform des Arbeitsrechts verabschiedet, an der auch die Sozialpartner beteiligt waren. Damit war die Arbeitsmarktpolitik für die Wahlen 2022 von der Agenda verschwunden.

FAKTOREN FÜR DEN ERFOLG DER SCHWEDEDEMOKRATEN

Es gibt viele Theorien, warum die rechtsradikalen Schwedendemokraten zweitstärkste Partei werden konnten, aber keine monokausale Erklärung. Etliche Analyst_innen beto-

¹ Die Wahl zum Reichstag und die Wahlen in den einzelnen Regionen und Kommunen des Landes wurden in Schweden gleichzeitig abgehalten.

² Die LO (*Landsorganisationen*) ist eine von drei Gewerkschaftsdachverbänden in Schweden und gehört zum Umfeld der schwedischen Arbeiterbewegung. In den zur LO gehörenden Einzelgewerkschaften sind *Blue-collar*-Arbeiter_innen organisiert.

nen, dass eine verstärkte »Anti-Establishment-Haltung« den Erfolg der SD begünstigt hätte (Jylhä / Rydgren / Strimling 2018). Besonders in kleineren Industrieorten fühlen sich viele Einwohner_innen von der Gesellschaft »abgehängt« und von den Machthabenden alleingelassen (Lindell et al. 2022). Eine andere Erklärung sieht den Erfolg der SD in deren Forderung nach einer strengeren Migrationspolitik³ sowie in ihrer nationalistisch ausgerichteten Wohlfahrtsstaatspolitik. Verschiedene Studien belegen, dass eine Mehrheit der Schwed_innen die Migrationspolitik der SD befürwortet (SVT 2020). Zwar hat es bereits unter der sozialdemokratischen Regierung eine umfassende Verschärfung der Migrationspolitik gegeben, doch haben die SD ihre Position im Takt dieser Entwicklung schrittweise verschoben und nun unter anderem eine aktive Wiederauswanderung gefordert.

Eine weitere Erklärung für den Erfolg der SD könnte darin begründet sein, dass sie ihre Parteiorganisation sukzessive mit einem feinmaschigen Netz lokaler Abteilungen ausgebaut hat und in den sozialen Medien von allen schwedischen Parteien am aktivsten ist (Eklund 2022). Zudem sei es den SD nach weitläufiger Meinung gelungen, sich von ihrer Neonazi-Vergangenheit reinzuwaschen. So habe die Partei nach Aussage des Parteivorsitzenden Jimmie Åkesson viele, wenn nicht alle Mitglieder ausgeschlossen, die rassistische oder Nazi-Ansichten vertreten haben.

Den größten Ausschlag dürfte allerdings gegeben haben, dass sowohl die Moderaten als auch die Christdemokraten vor der Wahl 2022 erklärt haben, sie würden das Land auch mit Unterstützung der SD regieren wollen. Zum Teil haben sie sogar gemeinsam Wahlkampf gemacht. Ulf Kristersson, Vorsitzender der *Moderaterna*, hat zudem betont, dass sich »die Schwedendemokraten wie keine andere Partei und mit starkem Gegenwind dafür eingesetzt haben, die Einwanderungsquoten nicht zu erhöhen, um eine Chance zu haben, die Integration zu schaffen« (Moderaterna 2022). So wurde die SD auch für Wähler_innen in der politischen Mitte salonfähig.

PARTEISYMPATHIEN DER WÄHLERGRUPPEN

Laut der Wahllokalumfragen, die von *Sveriges Television* (SVT)⁴ durchgeführt wurden, gewannen die Schwedendemokraten vor allem Stimmen unter Arbeiter_innen, Unternehmer_innen und Landwirt_innen. Unter den Mitgliedern der LO-Gewerkschaften wuchs die Unterstützung für die SD auf 27 Prozent (SVT 2022), wodurch sie unter den Arbeiter_innen zur zweitstärksten Partei aufstieg. Die meisten LO-Mitglieder, die mit den SD sympathisieren, finden sich unter Privatangestellten an vorrangig männlich dominierten

Arbeitsplätzen, etwa in der Industrie, dem Baugewerbe und dem Transportwesen. Die stärksten Sympathien in den LO-Gewerkschaften genießen aber immer noch die Sozialdemokraten mit einer Unterstützung von 42 Prozent der Mitglieder. Der linke Politikblock (S, V und MP) wurde insgesamt von 52 Prozent der LO-Mitglieder gewählt. Rechnet man die Zentrumsparterie (C), die in der vergangenen Legislaturperiode die Sozialdemokraten unterstützt hat, noch hinzu, wächst die Unterstützung für einen linksliberalen Block sogar auf 55 Prozent der LO-Mitglieder.

Verglichen mit dem Wahlverhalten von 2018 profitierten die Schwedendemokraten am meisten von Wechselwähler_innen, die von den Christdemokraten kamen (15 Prozent der KD-Wähler_innen von 2018, entschieden sich 2022 für die SD), gefolgt von den Moderaten (14 Prozent). Der Zuwachs der Stimmen für die SD lässt sich demnach vor allem damit erklären, dass sie Stimmen von den traditionellen Parteien des rechten Spektrums abschöpfen konnten. Aber auch die Sozialdemokraten haben Stimmen an die SD verloren. So entschieden sich acht Prozent derjenigen, die 2018 für die Sozialdemokraten gestimmt hatten, nun für die SD (SVT 2022).

Das Wahlergebnis ermöglicht nicht nur einen Machtwechsel, sondern zeigt auch eine zunehmende Polarisierung. Von den weiblichen Wählern stimmten 56 Prozent für den Mitte-links-Block und 44 Prozent für den rechten Block (ebd.). Die ungleiche Geschlechterverteilung unter den Wähler_innen der Schwedendemokraten sticht hierbei besonders hervor: 25 Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen unterstützten die SD. Die Polarisierung spiegelt sich auch in den Unterschieden zwischen Stadt und Land wider: Die linken Parteien sind in den Städten stärker, während die rechten auf dem Land und in den kleineren Ortschaften mehr Zuspruch genießen (ebd.).

DIE NORMALISIERUNG DER SCHWEDEDEMOKRATEN

Während der Legislaturperiode 2018–2022 hatten sich die Moderaten und die Christdemokraten den SD in einer Reihe von Fragen angenähert. Unter anderem geht es um eine weitere Verschärfung der Migrationspolitik⁵, mit der Einwohner_innen Schwedens, die keine schwedische oder andere EU-Staatsbürgerschaft besitzen, von Teilen der Wohlfahrtsleistungen ausgeschlossen werden sollen. Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei um eine Strategie der Moderaten und der Christdemokraten handelte, den Wählerabfluss zu den SD zu stoppen, indem sie Teile von deren Politik kopierten. Diese Strategie ging jedoch nicht auf, im Gegenteil: Die Wählerströme zur SD wuchsen weiter, sodass die SD nun zum ersten Mal zweitstärkste Kraft im Parlament und stärker als die Moderaten geworden sind.

³ Die SD will nicht nur die Flüchtlingszuwanderung einschränken, sondern auch die Einwanderung von Arbeitskräften aus Drittländern (Nicht-EU-Länder) sowie den Familiennachzug (v. a. in Verbindung mit Flüchtlingen und Arbeitskräften).

⁴ Staatlich finanzierter Fernsehsender.

⁵ Fluchtmigration, Einwanderung von Arbeitskräften und Familiennachzug.

REGIERUNGSBILDUNG UND TIDÖ-VEREINBARUNG

Nach der Wahl wurden zwischen den Schwedendemokraten, den rechtskonservativen Parteien und der liberalen Partei Verhandlungen eingeleitet. Nach gut einem Monat, am 14. Oktober 2022, präsentierten die vier Parteien die sogenannte Tidö-Vereinbarung, benannt nach dem Schloss, in dem die Verhandlungen stattgefunden hatten. Diese Vereinbarung stellt die Grundlage der gemeinsamen Politik während der Legislaturperiode dar und basiert darauf, dass Moderate, Christdemokraten und Liberale die Regierung bilden, während die Schwedendemokraten als Unterstützungspartei fungieren. Die Tidö-Vereinbarung soll den SD Einfluss garantieren, obwohl sie der Regierung nicht angehören werden.

Der Inhalt der Tidö-Vereinbarung ist stark von den Politikvorschlägen der Schwedendemokraten geprägt. Von den 62 Seiten der Vereinbarung handeln 19 von Migration und elf von Kriminalität. Andere Bereiche, denen eigene Kapitel gewidmet wurden, sind das Gesundheitswesen sowie die Energie-, Bildungs- und Finanzpolitik. Viele andere Bereiche glänzen durch Abwesenheit, etwa die Arbeitsmarktpolitik (mit Ausnahme der Einwanderung von Arbeitskräften), wohlfahrtsstaatliche Themen sowie Klima- oder Sicherheitspolitik. Der Ukraine-Konflikt wird in der Vereinbarung mit keinem Wort erwähnt.

Die Vereinbarung beinhaltet eine weitere Verschärfung der schwedischen Migrations- und Asylpolitik – sie soll auf die in der EU erlaubten Minimalwerte reduziert werden. Die Anzahl der Flüchtlinge soll von 6.400 auf 900 begrenzt und die Einwanderung von Arbeitskräften durch erhöhte Anforderungen an Einkommen als Voraussetzung für die Arbeitsaufnahme verringert werden. Darüber hinaus soll es erleichtert werden, Migrant_innen auszuweisen, wofür als Grund ein unspezifisch definierter »mangelhafter Lebenswandel« ausreichen könnte. Zudem sollen im Rahmen einer Untersuchung Vorschläge erarbeitet werden, wie Personen, die weder schwedische noch andere EU-Staatsbürger_innen sind, von Teilen der staatlichen Wohlfahrtsleistungen ausgeschlossen werden können. Hierbei werden Elterngeld, Kindergeld, Wohngeld, Zuschüsse für kinderreiche Familien und die Kostenerstattung für individuelle Betreuung angeführt. Bezüglich der Verbrechensbekämpfung versprechen die vier Parteien härtere Strafen, einen erheblichen Ausbau des Strafvollzugs, anonyme Zeugenschaft und sogenannte Visitationszonen, in denen die Polizei das Recht hat, alle Menschen ohne konkretes Verdachtsmoment kontrollieren zu können.

In der Energiepolitik bekennt sich die Tidö-Vereinbarung erneut zur Kernkraft und prüft für das Gesundheitswesen eine Zentralisierung. In der Bildungspolitik sollen die Lehrpläne der Schulen überarbeitet sowie erstmalig ein »Kulturkanon« entwickelt werden. Im Abschnitt zur Finanzpolitik werden Steuersenkungen auf Löhne und Renten, reduzierte Steuern auf Spareinlagen sowie Hilfsprogramme zum Schutz von Haushalten versprochen, die von den erhöhten Energiepreisen betroffen sind.

Die Schwedendemokraten sind zwar nicht direkt an der Regierung beteiligt, die Einhaltung der Vereinbarung soll jedoch von einem »Innenkabinett«, bestehend aus den Parteivorsitzenden der vier Parteien, welche die Vereinbarung unterzeichnet haben, überwacht werden. Zudem werden die SD ein Abstimmungsbüro in den Regierungsgebäuden haben und Vorträge in symbolisch wichtigen Parlamentsausschüssen erhalten, etwa den Ausschüssen für Justiz, Wirtschaft und Außenpolitik.

UNSICHERHEIT ÜBER DIE ZUKUNFT

Noch bleibt abzuwarten, wie die rechtsgerichtete Regierung die Gesellschaft in der Praxis verändern wird. Ebenso bleibt abzuwarten, ob die Regierung die gesamte Legislaturperiode bis zur nächsten Reichstagswahl im Herbst 2026 überstehen wird. Zudem ist ungewiss, ob die rechte Regierung ihre Politiken wirklich auf den Weg bringen kann. Zwar versprechen die vier Parteien den Ausbau des Strafvollzugs, große Ausgaben für die Verteidigungspolitik, kürzere Warteschlangen im Gesundheitswesen und mehr Schulbücher für Schulen, doch sollen gleichzeitig auch viele Steuern gesenkt werden. Sicher wird Geld aufgrund sinkender Wohlfahrtsleistungen eingespart werden können und nicht alle Reformen dürften gleichzeitig umgesetzt werden, dennoch bleibt unklar, wie Plus und Minus hier zusammenpassen. Eine dritte Ungewissheit betrifft die Frage, ob alle angesprochenen Veränderungen auch dem Rechtsstaat standhalten werden. Sowohl die schwedische Gesetzgebung als auch das Regelwerk der EU könnten einem Teil der Vorschläge Steine in den Weg legen, etwa bei der Forderung, dass hilfeschuchende Flüchtlinge ihre Dolmetscherassistent_innen selbst bezahlen sollen.

KRITIK VON LINKS

Die Kritik von links bezieht sich vor allem auf die künftig von der Rechtskoalition zu erwartende Politik. Jede der vier Koalitionsparteien ist bestrebt, die Wohlfahrt weiter zu privatisieren und dem Markt zu unterwerfen. Unter anderem verteidigen sie die Möglichkeit öffentlich finanzierter Wohlfahrtsunternehmen, wie dem Schulunternehmen AcadeMedia AB oder Thorengruppen AB, unbegrenzt Gewinne abzuschöpfen. Auch soll es Privatpersonen erleichtert werden, private Krankenversicherungen abzuschließen, um einen schnelleren Zugang zu staatlicher Gesundheitsversorgung zu erhalten. Zwar drängen die Christdemokraten und die Schwedendemokraten im Bereich des Gesundheitswesens auf eine größere Verantwortung des Staates, dennoch zielen die Vorschläge auf eine Verlagerung dieser Verantwortung von den Regionen auf den Staat und nicht darauf, die Bedeutung des privaten Sektors zu vermindern.

Bezüglich der Bildungspolitik hat die Regierungskoalition dem linken Block ein kleines Zugeständnis gemacht. In der Tidö-Vereinbarung steht, dass im stark liberalisierten schwedischen Schulsektor neu gegründete öffentlich fi-

nanzierte Privatschulen »während der ersten Jahre« keine Gewinne abschöpfen dürfen. Kritiker_innen haben aber darauf hingewiesen, dass diese Vorgabe unzureichend und überdies leicht zu manipulieren seien, da Gewinne innerhalb der großen privaten Schulkonzerne verschoben werden können.

In einem Punkt gibt es innerhalb der Regierungskoalition unterschiedliche Auffassungen. Im Unterschied zu den drei anderen Parteien sind die Schwedendemokraten gegen eine erneute Reduzierung der Arbeitslosenversicherung (*schwed. a-kassa*), die während der Pandemie heraufgesetzt worden war. Damit die SD die Tidö-Vereinbarung unterzeichneten, waren die liberal-konservativen Parteien gezwungen, ihre Haltung in dieser Frage aufzugeben und eine Senkung der Arbeitslosenversicherung auszuschließen. In Schweden werden die verschiedenen, berufsgruppenspezifischen Arbeitslosenversicherungen mit einer Ausnahme von den Gewerkschaften betrieben. Die SD wollen die Konstruktion der Arbeitslosenversicherung jedoch reformieren und den gewerkschaftlichen Einfluss aufheben (Arena Idé 2021). Auch auf anderen Gebieten wollen die SD den Einfluss gewerkschaftlicher Organisationen beschneiden, etwa das Recht der Gewerkschaften, Arbeitsschutzbeauftragte zu ernennen.

Ein Bereich, in dem die Konfliktlinien zwischen rechts und links verlaufen, ist die Kulturpolitik. In der Tidö-Vereinbarung heißt es, es sei wünschenswert, dass eine neue Behörde den Auftrag erhalten solle, Gelder für die Volksbildung zu verteilen. Der Vorschlag klingt nicht dramatisch, doch die Schwedendemokraten haben schon lange gefordert, die Förderung von Studienvereinen und Volkshochschulen zu reduzieren. Vor allem die Studienaktivitäten der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung sind ihnen ein Dorn im Auge.

Die Wahl 2022 bedeutet nicht nur, dass die Schwedendemokraten Einfluss auf die Regierungspolitik gewinnen, sondern auch, dass die Partei wachsenden Einfluss in vielen Kommunen geltend machen kann. Schon in der vorangegangenen Legislaturperiode waren die SD in sechs Kommunen an der Regierung beteiligt und haben dort die Kulturpolitik verändert. Unter anderem bestimmten SD-Politiker_innen, welche Bücher von den Bibliotheken angeschafft wurden, und verboten den Ankauf »provokierender Gegenwartskunst« mit öffentlichen Geldern. Auch das öffentliche Hissen der Flagge der LGBTQI-Bewegung wurde untersagt (Eriksson / Hansson 2019).

DER RECHTE TURN IN DER AUSSENPOLITIK

Deutliche Trennungslinien zwischen dem Rechts- und Linksblock bestehen auch hinsichtlich der EU und der Außenpolitik. Noch bis 2019 sprachen sich die Schwedendemokraten für einen Austritt Schwedens aus der EU aus. Inzwischen verteidigt die Partei die Mitgliedschaft, ist aber sehr EU-skeptisch und möchte Macht von der EU auf die

einzelnen Mitgliedstaaten umverteilen (Sverigedemokraterna 2022). Wie genau sich dies auf die schwedische EU-Politik auswirken wird, ist schwer zu beurteilen. Eine Sache ist jedoch klar: Der geografische Schwerpunkt der Regierung wird eher auf Europa liegen als auf der Welt. EU-Fragen waren im Wahlkampf zudem komplett abwesend. Zwar übernimmt Schweden am 1. Januar 2023 den Vorsitz des EU-Ministerrats, bislang hat die neue Regierung jedoch nicht angekündigt, dass man dies nutzen wolle, um spezifische Fragen besonders hervorzuheben. Auch hier bleibt abzuwarten, welche tatsächlichen Konsequenzen der Regierungswechsel haben wird.

Im Zuge des Angriffskriegs auf die Ukraine hat Schweden gemeinsam mit Finnland die Mitgliedschaft in der NATO beantragt. Als besonderes Hindernis stellte sich hierbei die Zustimmung der Türkei zum Antrag der beiden Länder heraus. Das türkische Misstrauen ist vor allem gegenüber Schweden groß. Die Türkei hat eine Reihe von Bedingungen für Schwedens Aufnahme in die NATO gestellt, Forderungen, die im Laufe der Zeit variierten. Unter anderem verlangt die Türkei von Schweden die Ausweisung von Personen, die in der Türkei als Terrorist_innen betrachtet werden. Bis jetzt lautete die schwedische Antwort, dass nicht die Regierung darüber zu befinden habe, sondern die verantwortlichen Behörden, und dass es undenkbar sei, sich über schwedisches und internationales Recht hinwegzusetzen.

Sowohl die neue Regierung als auch die Sozialdemokratie sind sich darin einig, dass Schweden NATO-Mitglied werden sollte. Auch die Schwedendemokraten haben ihre Position in dieser Frage geändert und sprechen sich nunmehr für die schwedische Mitgliedschaft aus. Bis jetzt gibt es auch keinerlei Anzeichen für eine Kursänderung der neuen Regierung. Verantwortlich für die Verhandlungen, inklusive jener mit der Türkei, ist Oscar Stenström, Botschafter für Schwedens NATO-Verhandlungen in der Statsrådsberedningen (SB), einer Abteilung der schwedischen Regierungskanzlei, und ehemaliger sozialdemokratischer Staatssekretär, mit anderen Worten dieselbe Person, die die Verhandlungen bereits unter der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson geführt hat.

In einer anderen Frage stachen die Schwedendemokraten in den vergangenen Jahren indessen hervor. Einige führende Vertreter_innen der Partei haben sich positiv über Russland geäußert, und als Parteiführer Jimmie Åkesson im Herbst 2018 von SVT befragt wurde, fand er, dass Macron und Putin aus demselben Holz geschnitzt seien und keiner besser als der andere (SVT 2018). Nach Russlands Invasion der Ukraine haben die Schwedendemokraten jedoch versucht, alle Spuren ihrer früheren prorussischen Aussagen zu löschen. In den Debatten vor der Wahl versuchten Konservative und Christdemokraten die damalige sozialdemokratische Regierung vielmehr zu übertrumpfen, indem sie eine noch größere Unterstützung für die Ukraine forderten, wogegen die Schwedendemokraten nicht protestierten.

KÜNFTE WEGE FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE IN DER OPPOSITION

Oft wird behauptet, dass die schwedische Sozialdemokratie gut darin sei, das Land in der Regierung zu führen, aber schlecht darin, sich in der Opposition zu befinden. Das Wahlergebnis stürzte die Partei in eine Schockstimmung. Die meisten Meinungsumfragen, die unmittelbar vor der Wahl durchgeführt wurden, deuteten auf einen rot-grünen Sieg hin. Auch die ersten Ergebnisse am Wahlabend zeigten, dass die Sozialdemokratie an der Macht bleiben würde. Erst später in der Wahlnacht kippte das Ergebnis.

Die oben beschriebenen Entwicklungen haben einen Berg an Problemen geschaffen, machen es aber umso wichtiger, zu diskutieren, wie die Sozialdemokratie und ihr politisches Umfeld (im weiteren Sinne die Arbeiterbewegung) in der Opposition agieren sollten. Die Debatte darüber ist in Gang gekommen, wird aber ohne Zweifel über die gesamte Legislaturperiode hinweg andauern. Zu bestimmten Punkten bestehen Spannungen auch innerhalb der Sozialdemokratie. Einer dreht sich darum, wie die Sozialdemokratie sich zu der Forderung der neuen Regierung und der Tidö-Vereinbarung verhalten soll, die Migrationspolitik zu verschärfen. Eine Linie der Sozialdemokrat_innen ist dafür, die Regierung zu kritisieren und eine etwas generösere Migrationspolitik zu fordern, unter anderem durch höhere Flüchtlingsquoten. Eine andere Auffassung ist, die »dänische« Linie zu verfolgen und sich der Flüchtlingspolitik der Regierung anzunähern, um diese Frage dadurch von der politischen Tagesordnung zu nehmen. Wahrscheinlich werden diese beiden Standpunkte künftig parallel zu hören sein.

Zugleich existieren viele andere Vorschläge, für die es vermutlich leichter sein wird, eine große Unterstützung in der Sozialdemokratie zu finden. In diesem Zusammenhang sind einige Aspekte besonders hervorzuheben:

- Die Sozialdemokratie muss eigene Reformvorschläge entwickeln. Diese sollten unter anderem den Wohlfahrtsstaat stärken und die Arbeitslosigkeit senken. Beispiele für wünschenswerte Reformen sind eine Erhöhung der Renten, ein Kostendeckel für Zahnbehandlungen, erweiterte Berufsausbildungsmöglichkeiten, insbesondere in Branchen mit Fachkräftemangel, sowie eine Begrenzung der Möglichkeiten für Aktiengesellschaften, Schulen zu betreiben, um wieder eine gleichwertigere Schulbildung zu gewährleisten.
- Im Wahlkampf verschwanden die großen Zukunftsfragen fast vollständig. Die Sozialdemokratie muss dafür sorgen, dass diese wieder einen hervorgehobenen Platz auf der Agenda bekommen. Dabei handelt es sich vor allem um die Klimafrage, die europäische Sicherheit nach der Invasion Russlands in der Ukraine, die zunehmende gesellschaftliche Segregation sowie die wachsenden Klassengegensätze.
- Es bedarf einer aktiven Arbeit, um die eigenen Organisationen und die Bildungstätigkeit der Sozialdemokratie zusammen mit ihrem politischen Umfeld der Arbeiterbewegung zu stärken und weiterzuentwickeln. Dabei geht es um die Rekrutierung von Mitgliedern, den Aufbau von Ortsgliederungen und die Initiierung von Bildungstätigkeiten. Zudem gilt es, den Organisationen sowohl einen Status als auch eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu geben.
- Die Sozialdemokratie und im weiteren Sinn die Arbeiterbewegung müssen eine aktive Oppositionspolitik betreiben. In den letzten Jahren hat sich die Kritik vor allem gegen die Schwedendemokraten gerichtet, doch sind es nun die Moderaten mit Ministerpräsident Ulf Kristersson an der Spitze, welche die Rechtsregierung anführen. Somit sind es auch die Moderaten, die die größte Verantwortung für die Politik der Regierung tragen, was die Kritik der Opposition prägen sollte. Die Kritik an den Schwedendemokraten muss dennoch weitergeführt werden. Auch in Zukunft braucht es Berichte über die Nazi-Vergangenheit der SD und Enthüllungen über SD-Politiker_innen, die sich rassistisch äußern. Der Schwerpunkt der Kritik sollte allerdings darauf liegen, die faktischen Vorschläge zu analysieren und zu kritisieren. Dabei handelt es sich darum, was die SD in der Tidö-Vereinbarung durchgesetzt haben, um die Politik, welche die SD im Reichstag vorbringen, und um die Beschlüsse, welche die Partei auf ihren Parteitag fasst.
- Damit die Sozialdemokratie wieder an die Macht kommen kann, bedarf es der Unterstützung der Linkspartei, der grünen Partei und der Zentrumspartei (V, MP und C). Unter diesen drei Parteien ragt die Zentrumspartei heraus. Diese hat deutlich Abstand davon genommen, mit den Schwedendemokraten zusammenzuarbeiten, weist mit Blick auf den Arbeitsmarkt und den Wohlfahrtsstaat aber selbst starke neoliberale Züge auf. Im Großen und Ganzen erinnert die Zentrumspartei an die Politik von Emmanuel Macron in Frankreich. Das bedeutet, dass die Sozialdemokratie gegenüber der Zentrumspartei eine doppelte Haltung einnehmen muss. Sie müssen die Zentrumspartei zum einen zur Abgrenzung von den Schwedendemokraten ermuntern, zum anderen aber auch die neoliberale Wirtschaftspolitik der Zentrumspartei kritisieren.
- Der Wahlsieg der Rechtsparteien hat bei vielen aktiven Menschen in der Sozialdemokratie und im Umfeld der Arbeiterbewegung ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit hervorgerufen. Es gilt nun, den Menschen wieder Mut zu machen. Dazu braucht es Reformvorschläge und Organisation. Die Kraft der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, wird große Bedeutung dafür haben, wie die künftige Gesellschaft aussehen wird.

LITERATUR

Eklund, Henning (2022): SD dominerar sociala medier: »Högern bäst«, in: *Svenska Dagbladet*, 4.10.2022, <https://www.svd.se/a/y64mEx/sd-dominerar-sociala-medier-hogern-bast> (21.11.2022).

Eriksson, Karin / Hansson, Anders (2019): Så blev Sölvesborg en symbol för SD:s politik, in: *Dagens Nyheter*, 27.9.2019, <https://www.dn.se/nyheter/politik/sa-blev-solvesborg-en-symbol-for-sds-politik/> (21.11.2022).

Essemyr, Mats (2021): En bättre a-kassa för fler, *Arena Idé*, Oktober 2021, <https://arenaide.se/wp-content/uploads/sites/2/2021/10/arena-ide-essemyr-211022.pdf> (21.11.2022).

Jylhä, Kirsti / Rydgren, Jens / Strimling, Pontus (2018): Sverige-demokraternas väljare – Vilka är de, var kommer de ifrån och vart är de på väg?, Forskningsrapport 2018/2, Institutet för Framtidsstudier, <https://docplayer.se/104672756-Sverigedemokraternas-valjare.html> (21.11.2022).

Lindell, Johanna; Pelling, Lisa (2021): Det svenska missnöjet, Atlas, Stockholm.

Moderaterna (2022): Ulf Kristerssons tal i Almedalen, 4.7.2022, <https://cdn.ungpd.com/caa7af5f-d184-4272-93a4-7601c3334819/Documents/220704almedalenuk.pdf> (21.11.2022).

Sverigedemokraterna (2022): Flytta tillbaka makten närmare dig, in: *sd.se*, <https://eu.sd.se/narmare-demokrati/> (21.11.2022).

Sveriges television (SVT) (2018): Här vägrar Åkesson (SD) välja mellan Macron och Putin, in: *SVT*, 2.9.2018, <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/har-vagrar-akesson-valja-mellan-macron-eller-putin> (21.11.2022).

Sveriges television (SVT) (2020): Större majoritet vill ha färre asylsökande, 6.7.2020, <https://www.svt.se/nyheter/inrikes/storre-majoritet-vill-ha-farre-asylsokande> (21.11.2022).

Sveriges television (SVT) (2022): SVT:s Vallokalsundersökning, Riksdagsvalet 2022, https://omoss.svt.se/download/18.69f812fb-18327382298d3e8a/1663746207468/valu_riksdagsval_2022_viktat_0921_V3.pdf (21.11.2022).

Tidöavtalet (2022): Överenskommelse för Sverige, SD-M-KD-L, <https://www.liberalerna.se/wp-content/uploads/tidoavtalet-overenskommelse-for-sverige-slutlig.pdf> (16.11.2022).

Valmyndigheten (2022): Valresultat 2022, <https://www.val.se/valresultat/riksdag-region-och-kommun/2022/valresultat.html> (16.11.2022).

ANHANG

Tabelle 1

Ergebnisse der Reichstagswahl 2022

Partei	Stimmen in Prozent	Mandate im Reichstag
Socialdemokraterna (S)	30,33 %	107
Sverigedemokraterna (SD)	20,54 %	73
Moderaterna (M)	19,10 %	68
Vänsterpartiet (V)	6,75 %	24
Centerpartiet (C)	6,71 %	24
Kristdemokraterna (KD)	5,34 %	19
Miljöpartiet (MP)	5,08 %	18
Liberalerna (L)	4,61 %	16
Sonstige	1,54 %	–

Quelle: Valmyndigheten (2022)

ÜBER DEN AUTOR

Mats Wingborg ist Analytiker und Journalist. Er schreibt für verschiedene Denkfabriken im politischen Umfeld der schwedischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wie *Arena Idé*, *Tiden* und *Katalys*. Darüber hinaus ist er Autor verschiedener Leitartikel für die progressive Netzzeitung *Dagens Arena*, die von der schwedischen Gewerkschaftsbewegung gefördert wird.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Nordic Countries
Västmannagatan 4
111 24 Stockholm
Schweden

Verantwortlich:
Kristina Birke Daniels | Direktorin | FES Nordic Countries
Tel.: +46 768 486 705
<https://nordics.fes.de>

Kontakt/Bestellungen: josefin.furst@fes.de

Design: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2022



DIE WAHL DER VIELEN VERLIERER

Schwedens neue rechtsgerichtete Regierung und die Reaktion des sozialdemokratischen Umfelds



Die Sozialdemokraten (S) haben die Wahl 2022 zwar gewonnen, mussten die Regierung aber dennoch abgeben. Die neue rechtsgerichtete Regierung besteht aus zwei konservativen Parteien – den Moderaten (M) und den Christdemokraten (KD) – sowie der liberalen Partei (L). Entscheidend für den Machtwechsel war, dass die rechtsradikale Partei der Schwedendemokraten (SD) mehr Zugewinne verzeichnete als irgendeine andere Partei und mit der zweitgrößten Stimmenzahl aus der Wahl hervorging. Für die Regierungsübernahme musste die neue Regierungskoalition den SD daher eine Unterstützerrolle zubilligen. Paradox ist dabei, dass die Sozialdemokraten alleine mehr Stimmen erhielten als die drei Regierungsparteien (M-KD-L) zusammen, die mit Unterstützung der SD im Reichstag nun jedoch auf drei Mandate mehr kommt.



Die Rolle als Unterstützungspartei wurde zwischen SD und den Regierungsparteien in der sogenannten »Tidö-Vereinbarung« ausgehandelt, benannt nach dem Schloss, in dem die Verhandlungen stattfanden. Der Hauptteil dieser Vereinbarung enthält Vorschläge, wie die Migrationspolitik verschärft werden könnte, wie Personen, die keine schwedische oder andere EU-Staatsbürgerschaft besitzen, vom Wohlfahrtsstaat ausgeschlossen werden könnten, und wie sich die Strafen für Kriminelle verschärfen lassen. Generelle Fragen zum Wohlfahrtsstaat, zur Klimapolitik sowie zu sozialer Ungleichheit und den wachsenden Klassengesätzen finden nur wenig bzw. keinen Raum. Gleichzeitig bleibt abzuwarten, inwieweit die Regierungskoalition ihre gemeinsame Programmerkklärung umsetzen kann und ob diese mit dem Rechtsstaat vereinbar ist.



Eine entscheidende Trennungslinie zwischen dem rechten Block auf der einen Seite und den Sozialdemokraten, der grünen Partei (MP) und der Linken (V) auf der anderen betrifft die Sozialpolitik. Hier drängen die Parteien des rechten Blocks auf eine weitere Privatisierung und akzeptieren unter anderem, dass der privaten Krankenversicherung Vorzug vor der staatlich finanzierten Gesundheitsversorgung eingeräumt werden sollte. Zudem soll die Kulturpolitik beschnitten werden.

Auf die Sozialdemokratie wartet nun eine vierjährige Phase der Opposition. Innerhalb der Partei und in ihrem politischen Rückraum wird diskutiert, wie diese Phase effektiv gestaltet werden könnte. Dabei wiederholt sich die Forderung, dass die Sozialdemokraten die neue Regierung und deren Unterstützer SD nicht nur kritisieren dürfen, sondern vor allem eigene Politikvorschläge entwickeln und konkrete Reformvorschläge, u.a. für die Erneuerung des Wohlfahrtsstaat im 21. Jahrhundert, unterbreiten müssen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie hier:
<https://nordics.fes.de/>